

Richtlinien für die Vergabe von kommunal geförderten Mietwohnungen der Gemeinde Neufahrn

1. Allgemeines

Die kommunal geförderten Mietwohnungen der Gemeinde Neufahrn werden an berechtigte Bewerber vergeben. Der Gemeinde Neufahrn ist vor allem daran gelegen, bei der Vergabe der Wohnungen soziale Aspekte zu berücksichtigen. Ein Anspruch auf Vergabe einer Mietwohnung besteht nicht und wird auch nicht durch diese Vergaberichtlinien begründet.

2. Berechtigte Bewerber

Berechtigt sind alle Personen, die bei Antragstellung

- seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen ihren tatsächlichen und gemeldeten Hauptwohnsitz in Neufahrn haben,
- oder
- mindestens 5 Jahre ununterbrochen ihren tatsächlichen und gemeldeten Hauptwohnsitz in Neufahrn hatten und danach höchstens 5 Jahre nicht mehr mit Hauptwohnsitz in Neufahrn gemeldet waren (für die Punktebewertung werden nur die Jahre mit Hauptwohnsitz in Neufahrn berücksichtigt),
- oder
- seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen ihren Hauptarbeitsplatz in Neufahrn haben,
- oder
- seit mindestens 2 Jahren ununterbrochen in einer Notunterkunft der Gemeinde Neufahrn untergebracht sind und eine „Clearing-Bescheinigung“ vorweisen können,
- und
- über einen gültigen Wohnberechtigungsschein bzw. eine gültige Vormerkungsbescheinigung verfügen,
- und
- über kein Wohneigentum, über kein baureifes Grundstück, über kein Wohnungsrecht nach § 1093 BGB und auch über kein sonstiges Wohnrecht aufgrund Nießbrauch, beschränkter persönlicher Dienstbarkeit, Altenteil, Erbbaurecht o. ä. verfügen.

Nicht berechtigter Bewerber ist, wenn sein Ehegatte oder Lebenspartner über Wohneigentum, über ein baureifes Grundstück, über ein Wohnungsrecht nach § 1093 BGB oder über ein sonstiges Wohnrecht aufgrund Nießbrauch, beschränkter persönlicher Dienstbarkeit, Altenteil, Erbbaurecht o. ä. verfügt. Verfügen die Eltern oder Kinder des Bewerbers oder die Eltern oder Kinder des Ehegatten oder Lebenspartners des Bewerbers über Wohneigentum, über ein baureifes Grundstück, über ein Wohnungsrecht nach § 1093 BGB oder über ein sonstiges Wohnrecht aufgrund Nießbrauch, beschränkter persönlicher Dienstbarkeit, Altenteil, Erbbaurecht o. ä., ist der Bewerber nur dann nicht berechtigt, wenn es sich hierbei um den Eigenbedarf der Rechtsinhaber übersteigende Rechte handelt.

3. Kind(er) und/oder Schwangerschaft

Jedes kindergeldberechtigtes Kind, das im Haushalt des Bewerbers mit Hauptwohnsitz gemeldet ist und dort tatsächlich auch wohnt, wird berücksichtigt. Ärztlich nachgewiesene Schwangerschaften werden ab Beginn des 3. Schwangerschaftsmonats ebenfalls berücksichtigt.

4. Pflegebedürftigkeit und/oder Behinderung

Eine nachgewiesene Pflegebedürftigkeit des Antragstellers oder eines Haushaltsangehörigen des Antragstellers wird berücksichtigt, wenn nachweislich die Pflege innerhalb der Haushaltsgemeinschaft erbracht wird.

Eine nachgewiesene Behinderung von wenigstens 50 Grad (oder gleichgestellt) des Antragstellers oder eines Haushaltsangehörigen des Antragstellers wird ebenfalls berücksichtigt.

5. Rangfolge

Die Wohnungen werden an berechnigte Bewerber vergeben, die gemäß den nachstehenden Auswahlkriterien die höchste Punktzahl erreichen.

5.1. Örtlicher Bezug:

Je angefangenem Jahr mit tatsächlichem und gemeldetem Hauptwohnsitz in Neufahrn, beginnend ab dem 6. Jahr:

1 Punkt,
maximal jedoch 20 Punkte

oder

Je angefangenem Jahr mit Hauptarbeitsplatz in Neufahrn, beginnend ab dem 11. Jahr und endend mit Rentenbeginn:

1 Punkt,
maximal jedoch 20 Punkte

oder

Je angefangenem Jahr der Unterbringung in einer Notunterkunft der Gemeinde Neufahrn, beginnend ab dem 3. Jahr:

1 Punkt,
maximal jedoch 20 Punkte

5.2. Obdachlose Personen mit „Clearing-Bescheinigung“:

13 Punkte

5.3. Verheiratete Paare oder in Lebenspartnerschaft oder in Lebensgemeinschaft lebende Paare mit mindestens einem gemeinsamen Kind unter 3 Jahren:

7 Punkte

5.4. Alleinerziehende Personen:

10 Punkte

5.5. Kind(er) und/oder Schwangerschaft gemäß vorstehender Ziffer 3:

je Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr:

8 Punkte

je Kind ab dem vollendeten 18. Lebensjahr bis zum vollendeten 25. Lebensjahr:

4 Punkte

5.6. Pflegebedürftigkeit und/oder Behinderung gemäß vorstehender Ziffer 4:

Pflegegrad 1:

3 Punkte

Pflegegrad 2:

4 Punkte

Pflegegrad 3:

5 Punkte

Pflegegrad 4:

6 Punkte

Pflegegrad 5:

7 Punkte

und/oder

GdB ab 50:	2 Punkte
GdB ab 60:	3 Punkte
GdB ab 70:	4 Punkte
GdB ab 80:	5 Punkte
GdB ab 90:	6 Punkte
GdB von 100:	7 Punkte

- 5.7. Freimachen einer größeren kommunal geförderten Mietwohnung oder einer Wohnung, für die der Gemeinde ein Belegungsrecht zusteht:

Pro angefangenen 10 qm der vom Bewerber bewohnten Wohnfläche: 1 Punkt

6. Punktegleichstand

Bewerber, die im Falle eines Umzugs eine größere oder kleinere freifinanzierte Mietwohnung oder eine kommunal geförderte Mietwohnung der Gemeinde Neufahrn freimachen, werden bei Punktegleichstand vorrangig berücksichtigt. Im Übrigen entscheidet bei Punktegleichstand die jeweils größere Kinderzahl gemäß vorstehender Ziffer 3, hilfsweise die jeweils größere Anzahl der pflegebedürftigen und/oder behinderten Personen gemäß vorstehender Ziffer 4 und wiederum hilfsweise das jeweils niedrigere Haushaltseinkommen.

7. Wohnungsgröße

Die Wohnungsgröße ist davon abhängig, wie viele Personen im Haushalt des Antragstellers (Haushaltsgemeinschaft) leben. Die maximal angemessene Größe wird wie folgt festgelegt:

1-Personen-Haushalt	höchstens 50 qm	max. 2 Wohnräume
2-Personen-Haushalt	höchstens 65 qm	max. 3 Wohnräume
3-Personen-Haushalt	höchstens 85 qm	max. 3 Wohnräume
4-Personen-Haushalt	höchstens 105 qm	max. 4 Wohnräume

Alle Bewerber, insbesondere solche mit Kleinkindern, sind berechtigt, sich auch für eine kleinere Wohnung zu bewerben.

8. Verlust des Anspruchs auf Berücksichtigung

Nach Ablehnung der zweiten angebotenen Wohnung wird der Bewerber aus der Bewerberliste gestrichen.

9. Auflagen nach Zuteilung

- 9.1. Der Wohnungsberechtigte darf die Wohnung nur zum Zwecke des Eigenbedarfs und nur zu Wohnzwecken nutzen.

- 9.2. Nach jeweils 3 Jahren ab Inkrafttreten eines Mietvertrages für eine kommunal geförderte Mietwohnung ist das Einkommen eines jeden Mieters zu überprüfen. Dies geschieht unter der Voraussetzung, dass ein gültiger Wohnberechtigungsschein bzw. eine gültige Vormerkungsbescheinigung vorhanden ist.

Erbringt ein Mieter nicht die erforderlichen Nachweise vor Ablauf von 3 Jahren ab Inkrafttreten eines Mietvertrages, so wird der im Mietvertrag vereinbarte Nachlass auf die Nettomiete aufgehoben.

10. Verfahrensablauf

- 10.1. Die Zuteilung einer Wohnung ist schriftlich zu beantragen. Für den Antrag ist der hierfür vorgesehene, bei der Gemeinde Neufahrn erhältliche Vordruck zu verwenden. Der Antrag ist bei der Gemeindeverwaltung Neufahrn schriftlich einzureichen. Die Angaben sind durch geeignete Nachweise zu belegen. Zudem hat der Antragsteller die Richtigkeit der Angaben mit seiner Unterschrift zu versichern. Gegebenenfalls sind die Angaben zu erläutern. Der Gemeinde Neufahrn bleibt es vorbehalten, zu bestimmten Angaben besondere Nachweise zu fordern. Sämtliche Änderungen und/oder Ergänzungen sind unverzüglich anzuzeigen. Maßgebend für eine Wohnungszuteilung sind die Verhältnisse zum Zeitpunkt der Vergabe.
- 10.2. Nach Einreichung des Antrags wird dieser von der Verwaltung überprüft. Der Antrag bleibt 3 Jahre gültig. Vor Ablauf dieser Frist ist selbständig und ohne gesonderte Aufforderung der Gemeinde Neufahrn ein neuer Wohnungsantrag zu stellen, ansonsten wird die Bewerbung mit Ablauf der 3 Jahre nicht mehr berücksichtigt und die Unterlagen werden datenschutzgerecht vernichtet.

11. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit Wirkung ab xx.xx.2018 in Kraft.

Neufahrn, den xx.xx.2018

Franz Heilmeyer
1. Bürgermeister

Satzung über die Benutzung der Notunterkünfte der Gemeinde Neufahrn b. Freising (Notunterkunfts-Benutzungssatzung) vom 23.04.2018

Auf Grund von Art. 23 und Art. 24 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) erlässt die Gemeinde Neufahrn b. Freising folgende Satzung:

§ 1

Öffentliche Einrichtung – Widmungszweck

- (1) Die Gemeinde betreibt Notunterkünfte (Basis- und Einfachstnotunterkünfte) als öffentliche Einrichtung.
- (2) Sie sollen insbesondere obdachlosen Gemeindeangehörigen eine vorübergehende Unterkunft einfacher Art gewährleisten; es entsteht kein Wohnrecht. Wohnungslose können keine Unterkunft beanspruchen, die als Dauerwohnung angemessen wäre. Die Unterkünfte gewährleisten ein Unterkommen einfachster Art, die Schutz vor den Unbilden der Witterung bietet, sowie Raum für die notwendigsten Lebensbedürfnisse lässt.
- (3) Die Pflicht des Wohnungslosen, sich selbst um eine angemessene Wohnung zu kümmern, wird durch die Einweisung in eine Notunterkunft nicht berührt.

§ 2

Begriff der Wohnungslosigkeit

- (1) Wohnungslos im Sinne dieser Satzung ist,
 - a) wer ohne Unterkunft ist,
 - b) wem der Verlust seiner ständigen oder vorübergehenden Unterkunft unmittelbar droht,
 - c) wessen Unterkunft nach objektiven Anforderungen derart unzureichend ist, dass sie keinen menschenwürdigen Schutz vor den Unbilden der Witterung bietet oder die Benutzung der Unterkunft mit gesundheitlichen Gefahren verbunden ist und nicht in der Lage ist, für sich, seinen Ehegatten und seine nach § 1602 BGB unterhaltsberechtigten Angehörigen, mit denen er

gewöhnlich zusammenlebt, aus eigenen Kräften eine Unterkunft zu beschaffen.

- (2) Wohnungslos im Sinne dieser Satzung ist nicht, wer sich als Minderjähriger dem Bestimmungskreis der Personenberechtigten entzogen hat und deshalb nach § 24 SGB VIII in die Obhut des Jugendamtes zu nehmen ist.

§ 3

Aufnahme in eine Notunterkunft und Begründung eines öffentlich-rechtlichen Nutzungsverhältnisses

- (1) Die Unterkunft darf nur von Personen bezogen werden, deren Aufnahme die Gemeinde schriftlich verfügt hat (Zuweisungsverfügung). Ein Rechtsanspruch auf die Unterbringung in einer bestimmten Unterkunft oder auf Zuweisung von Räumen bestimmter Art und Größe oder eines bestimmten Unterkunftsstandards besteht nicht.
- (2) Durch die Einweisung in die Notunterkunft wird ein öffentlich-rechtliches Nutzungsverhältnis begründet.
- (3) Die Zuweisung wird in der Regel befristet und kann unter Auflagen und Bedingungen erfolgen. Insbesondere kann die Auflage gemacht werden, dass die Unterkunft innerhalb einer bestimmten Frist zu beziehen oder zu räumen ist. Die Umsetzung von einer zugewiesenen in eine andere Unterkunft ist jederzeit möglich.
- (4) In den Räumen einer Unterkunftseinheit (ein oder mehrere zusammengehörige oder nach außen abgeschlossene Unterkunftsräume) können ein oder mehrere Benutzer aufgenommen werden.

§ 4

Nachweis der ärztlichen Untersuchung

Vor der Aufnahme hat der Antragsteller von sich aus auf etwaige Gefährdungen anderer Benutzer (durch ansteckende Krankheiten usw.) hinzuweisen.

Unbeschadet hiervon kann die Gemeinde bei diesbezüglichen konkreten Anhaltspunkten vor der Aufnahme den Nachweis durch ein ärztliches Zeugnis verlangen, dass ärztliche Bedenken hinsichtlich der Benutzung der Einrichtung nicht bestehen.

§ 5

Benutzungsverhältnis

- (1) Die Benutzer haben die Unterkunftsräume pfleglich zu behandeln, stets in sauberem Zustand zu erhalten und dürfen sie nicht ordnungswidrig gebrauchen.

Sie sind verpflichtet, die Unterkunftsräume samt dem überlassenen Zubehör im Rahmen der durch ihre bestimmungsgemäße Verwendung bedingten Abnutzung instand zu halten und für ausreichend Lüftung und Heizung der überlassenen Unterkunft zu sorgen. Dienen diese Einrichtungen mehreren Benutzern, so haben sie die Reinigung im wöchentlichen Wechsel vorzunehmen.

- (2) Die Benutzer haben sich in der Notunterkunft so zu verhalten, dass kein anderer gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.

Insbesondere ist es den Benutzern untersagt,

1. andere Personen ohne vorherige, jederzeit widerrufliche, schriftliche Genehmigung der Gemeinde in die Unterkunft aufzunehmen,
2. die Räume zu anderen als Wohnzwecken zu verwenden,
3. im Bereich der Notunterkunft ohne vorherige, jederzeit widerrufliche, schriftliche Genehmigung der Gemeinde
 - a) bauliche Änderungen vorzunehmen,
 - b) Bauwerke irgendwelcher Art oder Umzäunungen zu errichten und Pflanzungen anzulegen,
 - c) eine gewerbliche Tätigkeit auszuüben,
4. die ihnen zugewiesenen Räume mit anderen Benutzern ohne vorherige, jederzeit widerrufliche, schriftliche Genehmigung der Gemeinde zu tauschen oder Dritten zum Gebrauch zu überlassen,
5. Altmaterial oder leichtentzündliches Material jeglicher Art in den Unterkünften zu lagern
6. Sachen aller Art, insbesondere Fahr- und Motorräder, in den Gemeinschaftsräumen oder Grünanlagen abzustellen,
7. Kraftfahrzeuge
 - a) vor den Unterkünften, auf gemeindlichem Privatgrund oder in den Grünflächen zu parken,
 - b) auf den zu der Unterkunft gehörenden Flächen zu fahren und instand zu setzen, sowie außerhalb der etwaig errichteten Stellplätze zu reinigen,
 - c) auf den in der Unterkunft etwaig errichteten Stellplätzen, auf gemeindlichen Flächen, Gehwegen und Grünanlagen abzustellen, wenn sie nicht fahrbereit sind,
8. im Bereich der Unterkunftsanlagen Tiere zu halten,

9. Freiantennen jeglicher Art ohne vorherige, jederzeit widerrufliche, schriftliche Genehmigung der Gemeinde anzubringen,
 10. nicht zur Einrichtung gehörende Öfen, Gasherde, Gasraumheizöfen, Elektroöfen und –herde ohne vorherige, jederzeit widerrufliche, schriftliche Genehmigung der Gemeinde aufzustellen und zu betreiben.
- (3) Bei vom Benutzer ohne vorherige Genehmigung der Gemeinde vorgenommenen baulichen oder sonstigen Veränderungen kann die Gemeinde diese auf Kosten des Benutzers beseitigen und den früheren Zustand wieder herstellen (lassen).
 - (4) Jede Einrichtung von Flüssiggasanlagen (Propangasgeräte) ist der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen.
 - (5) Die Benutzer sind verpflichtet, Schäden an der Unterkunftsanlage, sowie das Auftreten von Ungeziefer unverzüglich der Gemeinde anzuzeigen.
 - (6) Zur Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Satzung ist den Beauftragten der Gemeinde das Betreten der Unterkunftsräume zu gestatten; bei Vorliegen besonderer Umstände auch zur Nachtzeit. Die Beauftragten haben sich auf Verlangen auszuweisen.

§ 6 Gebührenpflicht

Die Benutzung der Notunterkunft ist gebührenpflichtig nach Maßgabe einer gesonderten Satzung (Notunterkunfts-Gebührensatzung).

§ 7 Um- und Ausquartierung

- (1) Die Gemeinde kann die Zuweisung der Unterkunft zurücknehmen oder die Benutzer durch Wegnahme von Räumen in der Benutzung einschränken oder in Räume der gleichen oder einer anderen Unterkunftsanlage umquartieren, wenn
 1. Gründe des öffentlichen Wohles vorliegen oder
 2. sie in einem schwerwiegenden Fall oder wiederholt trotz Mahnung gegen die Bestimmungen des § 5 verstoßen oder
 3. die Unterkunft im Zusammenhang mit Umbau-, Erweiterungs-, Erneuerungs- oder Instandsetzungsarbeiten geräumt werden muss,
 4. die Unterkünfte nicht von allen in der Aufnahme aufgeführten Personen bezogen werden oder sich die Zahl der eingewiesenen Personen vermindert oder
 5. der Hausfrieden nachhaltig gestört wird.

- (2) Lässt eine Umquartierung keine Besserung der Verhältnisse erwarten und liegen die Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 2 vor, so können Benutzer auch ausquartiert werden.

§ 8

Sonstige Beendigung des Benutzungsverhältnisses

- (1) Die Benutzer können das Benutzungsverhältnis zum Schluss eines Monats durch eine schriftliche Erklärung beenden, die spätestens am dritten Werktag dieses Monats zugegangen sein muss.
- (2) Die Gemeinde kann das Benutzungsverhältnis zum Ende eines Monats durch eine schriftliche Erklärung aufheben, wenn die Benutzer in der Lage sind, sich eine Wohnung zu beschaffen. Das ist insbesondere der Fall, wenn die Benutzer über ein ausreichendes Einkommen verfügen und keine sonstigen Hinderungsgründe bestehen. Ein ausreichendes Einkommen wird angenommen, wenn die Benutzer trotz Aufforderung sich weigern, über ihre Einkommensverhältnisse Auskunft zu erteilen. Die Erklärung muss den Benutzern spätestens am dritten Werktag des betroffenen Monats zugegangen sein.
- (3) Die Aufhebung des Benutzungsverhältnisses durch die Gemeinde ist ferner möglich, wenn die Unterkunft vom Unterkunftsnehmer nicht benutzt wird. In diesem Fall ist die Gemeinde berechtigt, die Unterkunft zwangsweise auf Kosten des Unterkunftsnehmers freizumachen.

§ 9

Räumung

- (1) Die Notunterkunftsräume sind termingemäß zu räumen und in sauberem Zustand zu hinterlassen,
1. wenn das Benutzungsverhältnis beendet worden ist (§ 8),
 2. wenn eine Um- oder Ausquartierung angeordnet ist (§ 7).

Dabei hat der Benutzer der Gemeinde alle erhaltenen Schlüssel herauszugeben.

- (2) Wird diese Verpflichtung nicht termingemäß erfüllt, so kann die Gemeinde nach Ablauf von drei Tagen anordnen, dass die erforderlichen Arbeiten auf Kosten und Gefahr des Säumigen vorgenommen werden (Ersatzvornahme).
- (3) Verzögert der Benutzer die Abholung seiner nach Abs. 2 weggeschafften beweglichen Sachen, so kann die Gemeinde den Verkauf der Sachen – auch durch Versteigerung – und die Hinterlegung des Erlöses anordnen. Wenn der Verkauf nicht möglich oder wegen der Beschaffenheit der Sachen der Gemeinde nicht zumutbar ist, können die Sachen entschädigungslos vernichtet werden. Eine Verzögerung im Sinne des Satzes 1 liegt in der Regel

vor, wenn der Benutzer einen Monat nach der Ersatzvornahme die Sachen nicht bei der Gemeinde abgeholt hat.

§ 10 Haftung

- (1) Die Benutzer haften nach den allgemeinen Bestimmungen für alle Schäden an der Notunterkunft, insbesondere an den ihnen überlassenen Notunterkunftsräumen und den Gemeinschaftseinrichtungen, soweit sie von ihnen oder von Dritten, die sich auf Einladung des Benutzers in der Notunterkunft aufhalten, verursacht wurden. Schäden und Verunreinigungen, für die der Benutzer haftet, kann die Gemeinde auf seine Kosten beseitigen (lassen).
- (2) Die Gemeinde haftet für Schäden, die sich aus dem Benutzen der öffentlichen Einrichtung ergeben, nur dann, wenn einer Person, deren sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen bedient, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.
- (3) Für Personen- und Sachschäden, die den Benutzern der Einrichtung durch Dritte zugefügt werden, haftet die Gemeinde nicht.

§ 11 Hausordnungen

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der einzelnen Unterkunft kann die Gemeinde insbesondere Hausordnungen erlassen.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern kann mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich

1. den in § 5 Abs. 2 enthaltenen Geboten und Verboten bezüglich der Benutzung der Notunterkunft und des Verhaltens im Bereich der Notunterkunft zuwiderhandelt,
2. die in § 5 Abs. 4 und 5 vorgeschriebenen Anzeigen nicht erstattet oder
3. entgegen § 5 Abs. 6 das Betreten der Unterkunftsräume nicht gestattet.

§ 13 Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel

- (1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 14
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.06.2018 in Kraft.

Neufahrn, 23.04.2018

Gemeinde Neufahrn

Heilmeier
Erster Bürgermeister

Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Notunterkünfte der Gemeinde Neufahrn b. Freising (Notunterkunfts-Gebührensatzung) vom 23.04.2018

Auf Grund von Art. 2 und Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Gemeinde Neufahrn b. Freising folgende Satzung:

§ 1 Gebührenpflicht

Für die Benutzung von Notunterkünften (Basis- und Einfachstnotunterkünfte) der Gemeinde Neufahrn werden Gebühren nach dieser Satzung erhoben.

§ 2 Gebührensschuldner

- (1) Die Gebühren und Nebenkosten schuldet, wer in der Aufnahmeverfügung gemäß § 3 Abs. 1 der Notunterkunftssatzung als Benutzer bezeichnet ist.
- (2) Gemeinschaftliche Benutzer einer Notunterkunftseinheit i. S. von § 3 Abs. 4 der Notunterkunftssatzung haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Gebührenmaßstab und Gebührensatz

- (1) Die Gebühr für die Benutzung des Wohncontainers beträgt je m² Nutzungsfläche monatlich
 - a) in einer Unterkunft ohne Gemeinschaftsküche i. S. von § 3 Abs. 4 der Notunterkunftssatzung 6,50 €.
 - b) in einer Unterkunft mit Gemeinschaftsküche i. S. von § 3 Abs. 4 der Notunterkunftssatzung 7,25 €
- (2) Die Gebühr für die Benutzung der Einfachstnotunterkunft beträgt je m² Nutzungsfläche monatlich 7,50 €.

§ 4 Nebenkosten

- (1) Die Kosten für Strom, Heizung, Wasser und Abwasser sind in den Gebühren i. S. von § 3 nicht enthalten und betragen pauschal für jeden Nutzer ab dem vollendeten 14. Lebensjahr 65,00 € und für jeden Nutzer unter 14 Jahren 32,50 €.
- (2) Die Pauschale ist unaufgefordert jeweils bis zum 3. Werktag des betreffenden Monats an die Gemeinde zu entrichten.

§ 5 Kautions für die Aushändigung von (elektronischen) Schlüsseln

Für die Überlassung von (elektronischen) Schlüsseln zum Zutritt der Unterkunft wird eine Kautions in Höhe von 25,00 € festgesetzt.

§ 6 Entstehen, Fälligkeit und Wegfall

- (1) Die Gebühren nach § 3 und Kosten nach § 4 entstehen – vorbehaltlich § 7 – mit Zuweisung der Unterkunft.
- (2) Die Gebühren sind Monatlich zu entrichten. Sie sind – vorbehaltlich § 7 – am 3. Werktag des jeweiligen Monats fällig und unaufgefordert auf eines der Konten der Gemeinde zu überweisen.
- (3) Die Gebührenpflicht entfällt mit dem Tag der Räumung der Unterkunft. Werden die Schlüssel der Unterkunft aus Gründen, die der Nutzer zu vertreten hat, verspätet übergeben, so bleibt die Gebührenpflicht bis zur Übergabe der Unterkunft und Rückgabe der Schlüssel bestehen.

§ 7 Anteilige Gebühr und Kosten bei Ein- und Auszug

- (1) Beginnt oder endet die Nutzung der Unterkunft während des Monats, werden die Gebühren und Kosten zeitanteilig (1/30 pro Nutzungstag) erhoben.
- (2) Der Tag des Beginns und des Endes der Nutzung sind voll gebühren- und kostenpflichtig.

**§ 8
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.06.2018 in Kraft.

Neufahrn, 23.04.2018

Gemeinde Neufahrn

**Heilmeier
Erster Bürgermeister**